

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Haubner  
und Kollegen

betreffend fehlende nachhaltige Lösung der Pflegevorsorge  
eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage an den Bundesminister für  
soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz in der Sitzung am  
16.01.2007

Bei der Nationalratswahl war die Pflegevorsorge in Österreich innenpolitisches  
Tagesthema. Im Zuge des Wahlkampfes brachte der nunmehrige Sozialminister  
Buchinger klar zum Ausdruck, dass er dem drohenden Pflegekräftemangel durch  
entsprechende Ausbildung und Aufwertung des Pflegeberufes entgegenwirken wolle:  
*„Zwischen 2004 und 2006 stieg die Beschäftigung in den Pflegeberufen allein in  
Salzburg um 6,2 % oder 633 Personen an und trug damit wirksam zum Abbau der  
Arbeitslosigkeit bei. Für die SPÖ auch ein wichtiger Punkt, der gegen eine wenig  
durchdachte Legalisierung ausländischer Pflegekräfte spricht.“* (SPÖ-Konzept für die  
Betreuung und Pflege älterer Menschen verfasst von Buchinger und Lapp 16. August  
2006).

Von dieser Ankündigung wurde aber wenig ins Regierungsprogramm übernommen.  
Ganz im Gegenteil: So ist im Regierungsprogramm unter dem Kapitel Pflege und  
Altenbetreuung folgendes zu lesen:

*„Neben der Bereitstellung ausreichender bedarfsgerechter Infrastruktur ist dabei  
auch die Forcierung des Arbeitsmarktes in diesem Bereich als moderner  
Berufssektor mit Zukunftschancen sowie die Stärkung und Unterstützung von  
pflegenden Angehörigen und Ehrenamtlichen wichtig.“*

Gleichzeitig wird aber beim Thema Ausländerbeschäftigung eine Forcierung der  
Ausländerbeschäftigung angekündigt:

*„Fachkräfte: Für Fachkräfte aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten ist in Branchen mit  
besonderem, aus dem verfügbaren Arbeitskräftepotential nicht abdeckbaren Bedarf  
eine flexible Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen vorgesehen.“*

Weiters wurden vom nunmehrigen SPÖ-Sozialminister Buchinger folgende klare  
Aussagen getroffen:

*„Das Pflegegeld selbst deckt die erforderlichen Aufwendungen nicht zur Gänze ab.  
Das Pflegegeld unterliegt bislang keiner regelmäßigen Valorisierung. Dies führt zu  
einer unzumutbaren Entwertung der entsprechenden Beträge bei gleich bleibendem  
oder sogar steigendem Pflegebedarf und ist daher durch eine gesetzliche  
Valorisierungsregel zu korrigieren.“* (SPÖ-Konzept für die Betreuung und Pflege  
älterer Menschen verfasst von Buchinger und Lapp 16. August 2006).

Prompt folgte der Umfaller Buchingers und er vereinbarte bei den Regierungsverhandlungen eine einmalige selektiv nach Pflegestufe erfolgende Valorisierung des Pflegegeldes. Darüber hinaus plant die neue Koalition, die Einteilung der Pflegestufen zu überprüfen, was eine Kürzung des Pflegegeldes zur Folge haben kann.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG :

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, die Umsetzung der nachstehenden Maßnahmen raschest möglich vorzubereiten und dem Nationalrat die entsprechenden Gesetzesvorschläge zu übermitteln:

- Einmalige Erhöhung des Pflegegeldes um 5 Prozent im Jahr 2007,
- dauerhafte Valorisierung des Pflegegeldes,
- Einführung eines zweckgebundenen Pflegeschecks zur Unterstützung der Pflege zu Hause und
- Schaffung eines Lehrberufes für Pflege und Betreuung.“

*B. Nuss*  
*Verf. Buchinger*  
*S. Schindler*  
*B. Buchinger*  
*Stae*  
*Buchinger*